



Leseprobe aus Lutz, Steinhaußen und Kniffki, Corona,
Gesellschaft und Soziale Arbeit, ISBN 978-3-7799-6406-3
© 2021 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6406-3](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6406-3)

Inhalt

Vorbemerkung	9
I. Coronakrise	
Coronakrise – Unverfügbarkeit, Metamorphose und Neue Pfade <i>Ronald Lutz</i>	14
Jugendhilfe und Corona – Schicksalsschlag, Kollateralschäden oder Strategie? <i>Mechthild Seithe</i>	35
Lockdown und soziale Distanzierung – Anmerkungen zu einem (unfrei- willigen?) gesellschaftspädagogischen Experiment und seinen Folgen <i>Armin Bernhard</i>	49
„Lebenmachen und Sterbenlassen“ Soziale Arbeit und die Regierung der Gesundheit <i>Mario Rund</i>	61
II. Soziale Kosten	
Wachsende Ungleichheit im Corona-Zeitalter Die sozioökonomischen Konsequenzen der Pandemie <i>Christoph Butterwegge</i>	78
Kinder, Kinderrechte und Kinderschutz im Corona-Kapitalismus <i>Michael Klundt</i>	89
Corona-Chronik – Gruppenbild ohne (arme) Kinder <i>Gerda Holz & Antje Richter-Kornweitz</i>	105
Kein Recht auf Jugend in Zeiten der Pandemie? <i>Anna Lips; Tanja Rusack; Wolfgang Schröder & Severine Thomas</i>	120
Die Akzeleration der Marginalisierung – Bildungsungerechtigkeit im Ausnahmezustand <i>Monika Alamdar-Niemann & Bärbel Schomers</i>	132

Einsam durch die Krise? Gestaltung sozialer Kontakte vor den, während der und nach den Kontaktbeschränkungen <i>Judith Schürholz & Michael Noack</i>	149
Die Corona-Pandemie aus Sicht von Praktiker*innen der Sozialen Arbeit – veränderte Handlungen und ihre professionellen Folgen <i>Nikolaus Meyer & Christina Buschle</i>	168
III. Perspektiven und Pfade	
Corona, Soziale Arbeit und die Systemrelevanz – Reflexionen über ein kontroverses Etikett und mögliche Implikationen für die Soziale Arbeit <i>Anja Eichhorn</i>	182
Soziale Arbeit in Zeiten der Relevanzverschiebung <i>Manfred Borutta & Johannes Mertens</i>	193
Green Social Work für eine post-pandemische Welt: Klimakrise, Covid-19 und das Anthropozän <i>Andrea Schmelz</i>	220
Soziale Arbeit als Katastrophenhilfe Perspektiven für eine „konviviale Weltgemeinschaft“? <i>Caroline Schmitt</i>	234
Die Covid-19-Pandemie als Beschleuniger eines post-demokratischen Bio-Regimes Herausforderungen einer kritisch-reflexiven Bildungsperspektive in der Sozialen Arbeit <i>Norbert Frieters-Reermann</i>	249
Soziale Arbeit unter den Perspektiven von Körper-Leib und Technik Utopien und Dystopien des Sozialen <i>Alexander Brunner</i>	263
Soziale Arbeit nach Corona – Skizze eines eudaimogenetischen Paradigmenwandels <i>Juliane Noack Napoles</i>	276

IV. Politisierung und Emanzipation

„Wenn da nichts von unten kommt, dann wird das nichts!“ – Community Organizing und Soziale Arbeit nach Corona <i>Peter-Ulrich Wendt</i>	290
Über die Verantwortung Sozialer Arbeit in Praxis und Hochschule – Nicht nur in Zeiten der Pandemie <i>Frank Bettinger</i>	303
(Re-)Politisierung Sozialer Arbeit – eine Chance in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche? Empirische Analysen im Hinblick auf die (Re-)Aktionen Sozialer Arbeit während der Corona-Pandemie <i>Anne van Rießen</i>	317
Sorgearbeit als Fundament von Wirtschaft und Gesellschaft denken – Systemische Konsequenzen der Corona-Krise <i>Uta Meier-Gräwe</i>	331
Zur Biologie der Solidarität Oder: Fehlende theoretische Perspektiven Sozialer Arbeit während der Corona-Pandemie <i>Yvonne Rubin</i>	342
Coronakrise, Solidarität und die Krise der Kritik – Herausforderungen für eine emanzipatorische Soziale Arbeit <i>Philipp Markgraf</i>	354
Zu den Autor*innen	367

Vorbemerkung

Es geht in diesem Buch nicht darum, Antworten zu finden bzw. alles zu beklagen und sich nach der Normalität zu sehnen, was so viele in der Wirtschaft, im Sport, in der Politik und auch in der Sozialen Arbeit tun, als ob das Gestern wieder kommen könnte. Wir haben den ersten Schock hinter uns, befinden uns Anfang 2021 mitten im zweiten, doch eine „Vor-Corona-Welt“ wird es nicht mehr geben, es gibt keinen Weg zurück, wir leben in einer „Mit-Corona-Welt“, über deren Dauer wir nichts sagen können. „Mit-Corona-Welt“ heißt auch, dass es nicht nur um das Virus als medizinisches bzw. epidemiologisches Problem geht, sondern dass allein seine Präsenz, wie wir es nun seit Monaten erleben und weiterhin erleben werden, nicht nur kurz-, sondern langfristig unser Leben und damit auch die Soziale Arbeit verändern wird.

In dieser veränderten Welt wird vieles anders, sie wird sich vielleicht sogar eine neue Grundlegung geben müssen. Inwieweit die bisherigen Routinen und Praxen des Neoliberalismus noch tragfähig sind, wird sich zeigen. Es bestehen Chancen, dass sich hier doch einiges ändern wird. Das gilt auch für die globale Welt, die wird es auch zukünftig geben; doch auch diese steht in vielen Dingen zur Disposition. Diese Prozesse, die wir erleben und noch nicht verstehen, erinnern daran, was Ulrich Beck mit „Metamorphose“ meinte. Von heute auf morgen ist die Welt eine irgendwie andere, sie wandelt sich nicht allmählich, was Sozialer Wandel meint, sie „verwandelt“ sich und kann darin auch neue Dinge entwickeln, die von den Menschen ausgehen. Das verändert die Blicke auf gestern, auf heute und vor allem auf morgen. Nur wie, das wissen wir noch nicht.

Es ist deshalb schon jetzt wichtig, tastende Versuche zu unternehmen, die das „Gewesene“ der Sozialen Arbeit von heute aus sehen und soziale Arbeit auch darin bewerten, was sie plötzlich nicht mehr ist, dass sie völlig eingeschränkt und verändert in einem Krisenmodus wirkt, der soziale Problemen verschärft, neue erzeugt und scheinbar bewältigte reproduziert. Neben der Tatsache, dass dieser erzwungene Krisenmodus der Sozialen Arbeit etwas mit dem ersten Lockdown und den Bewältigungsmaßnahmen zu tun hat, stellt sich die Frage, ob das „Verschwinden“ und „Verändern“ nur an der „Coronakrise“ liegt oder ob Soziale Arbeit nicht bereits vor der Pandemie selbst in einem Krisenstatus verharrte, dem man kaum Systemrelevanz attestieren konnte. Oder liegt es auch daran, dass Soziale Arbeit in ihrer Konstruktion schon länger an-

fällig war und diese Systemfragilitäten und -inkohärenzen nun in der Corona-Krise wie unter einem Brennglas verstärkt zum Vorschein kommen?

Corona verschärft insgesamt eine Fülle sozialer Probleme und bringt diese viel deutlicher als bisher auf den Punkt. Das Virus verursacht zwar eine individuelle Erkrankung, doch die daraus entstandene Krise kann nicht individuell gelöst werden, sondern nur gesellschaftlich, politisch, ökonomisch und sozial. Insbesondere, da diese Krise eigentlich nur Aspekt einer viel umfänglicheren Krise ist, nämlich die des Neoliberalismus, der Globalisierung und vor allem des Klimas.

Es zeigt sich nun viel deutlicher, dass individuelle soziale Probleme in der Tat auf gesellschaftliche Zusammenhänge verweisen. Der Klient der sozialen Arbeit ist Symptomträger für gesellschaftliche Verwerfungen. Sie können auf einer individuellen Ebene nicht adäquat bearbeitet und gelöst werden. Wird deshalb nicht gerade jetzt erkennbar, dass die Soziale Arbeit mit ihren individuellen Zugängen lange Zeit viel zu kurz gegriffen hat? Jedenfalls erscheinen sie in der gegenwärtigen Krise, die mit einer Verschärfung von sozialen Problemen einhergeht, nicht mehr ausreichend und zielführend. Das wirft die Frage auf, ob Soziale Arbeit sich nicht wieder verstärkt und nachdrücklich in Politik einmischen und die Verbesserung der Lebenslagen im Blick haben sollte, was die konkrete und praxisnahe Arbeit an der Beseitigung sozialer Ungleichheit einschließt, die ihren Anspruch einer Menschenrechtsprofession auf den Punkt bringt.

Dann aber wäre die Krise Anlass zu einem Aufbruch der Sozialen Arbeit, der eine Transformation und eine Metamorphose impliziert. Soziale Arbeit setzt ein Zeichen, sich in Politik einzumischen. Ihre Autorität nimmt sie aus ihrer Praxis- und Fallarbeit sowie ihrer instrumentellen Vernunft im Umgang mit sozialen Problemlagen. Diese Transformation schließt eine Analyse der Situation ein und beinhaltet sich daraus ergebende Hypothesen für die Soziale Arbeit „Mit-Corona“.

Aus der Nachhaltigkeitsforschung, an der sie sich u. a. orientieren kann, kommen Fragen, denen sich Soziale Arbeit stellen muss: Wo kommen die Dinge her, warum ist das ein Problem, wie lassen sich Lösungen langfristig sicherstellen, wie schaffen wir Bedingungen, die Probleme erst gar nicht entstehen lassen? Diese Fragen und andere, die weit über systemische Konzepte der Fallarbeit und die Beratung von Einzelfällen hinausgehen, sind für die Soziale Arbeit als Profession relevant. Corona bietet diese Chance und auch den Bedarf hierfür. Das fällt der Sozialen Arbeit zwar gegenwärtig noch schwer, doch die eingetretene Herausforderung öffnet Türen zur Transformation des Denkens. Darin kann sie sich mit neuen Blicken auf ihre politische/emanzipatorische Tradition beziehen.

Die grundlegenden Fragen, die sich nun stellen, dürfen sich deshalb nicht nur auf die empirischen Realitäten und sich daraus ergebende Konsequenzen

beziehen, obwohl das sehr wichtig ist, sie müssen auch dahin gehen, aus den Schocks heraus die seitherige Konstruktion der Sozialen Arbeit zu hinterfragen. Die „Mit-Corona-Realität“ ist eine Situation, die keiner kommen sah und niemand wollte. Doch sie ist die Chance, ein neues disziplinäres Selbstverständnis zu entwickeln, utopische Potenziale aufzuzeigen und neue theoretische, politische und methodische Konstruktionen zu skizzieren, die eine selbstreflexive und selbstbewusste Neuaufstellung der Sozialen Arbeit implizieren.

Aus den Alltags-Routinen, die sich irgendwie neu formen müssen, können wir uns tastend, spekulierend und fragend dieser Neuaufstellung zuwenden, indem wir alle Türen öffnen und uns in ein „fremdes Land“ trauen. Sie eröffnet uns neues Wissen. Spekulation ist in ihr als eine wesentliche Komponente einer „Kritischen Theorie“ zu verstehen, wie es Adorno formulierte; Utopie ist der Ort, wie es Bloch verstand, an dem wir noch nicht waren, den wir aber suchend ergründen müssen, um eine Basis für eine Praxis zu finden, die uns leiten kann. Transformation ist der Prozess, der ansteht, um aus der Krise heraus die Weichen neu zu stellen.

Das ist herausfordernd, doch auch entspannend. Wir können derzeit zwar nur Momentaufnahmen geben, wir können Kritik an den politischen Maßnahmen formulieren, wir können Fragen an die Gegenwart und Zukunft, an die Politik und auch an die Profession der Sozialen Arbeit stellen. Wir können uns aber auch hinterfragen, wir können spekulieren, was Möglichkeiten und Lösungen sein könnten, auf die wir aus der Selbstreflexion heraus nun hinarbeiten sollten, könnten und müssten. Der Konjunktiv und die im Konjunktiv inliegenden Ambivalenzen, Kontingenzen und Ambiguitäten, also dieses „es könnte auch alles anders sein“, zeigen die Offenheit und Bereitschaft, Ungewissheiten auszuhalten, dessen was da ist, was kommt bzw. kommen wird. Das Virus und seine Präsenz lassen uns Fragen stellen, die wir mitunter schon längst hätten stellen sollen, nun aber müssen. Die Offenheit dieses Prozesses hat sich auch in diesem Projekt niedergeschlagen.

Das Buch versammelt Beiträge, die sich auf die Profession generell beziehen. Ziel und Aufgabe für die Autor*innen war es dabei, weitest möglich einen „Ausbruch aus Seitherigem“ zu denken. Das bedeutet, Soziale Arbeit, wie sie bisher war, vor allem ihre Pfadabhängigkeit zu hinterfragen und neue bzw. verwandelte Konzepte zu denken. Das beginnt mit der Analyse des Politik- und Professionsverständnisses und verdichtet sich darüber hinaus zu Überlegungen zur Zukunft der Sozialen Arbeit. Dabei sind „gute Fragen“, die nicht unbedingt zu Antworten führen, ein Luxus, den es sich zu leisten gilt.

Dezember 2020

Ronald Lutz, Jan Steinhaußen, Johannes Kniffki

Lockdown und soziale Distanzierung – Anmerkungen zu einem (unfreiwilligen?) gesellschaftspädagogischen Experiment und seinen Folgen

Armin Bernhard

„Zweifle nicht an dem, der dir sagt er hat Angst, aber hab Angst vor dem, der dir sagt, er kennt keinen Zweifel“¹

Was als „Corona-Krise“ seit Monaten im öffentlichen Bewusstsein zirkuliert, ist eine globale gesellschaftliche Krise des kapitalistisch dominierten wirtschaftlichen Weltsystems. Nicht angezweifelt werden im vorliegenden Beitrag die mit dem Virus verbundenen gesundheitlichen Risiken. Seine Gefährlichkeit insbesondere für ältere bzw. gesundheitlich vorbelastete Menschen wird selbst von Medizinerinnen und Medizinern, denen der Zugang zu den Qualitätsmedien aufgrund ihrer kritischen Positionierung zu den politischen Maßnahmen der Regierung dauerhaft verstellt ist, nicht in Abrede gestellt. Jedoch wird in der folgenden Analyse die demokratisch verbriefte Verpflichtung von Wissenschaft nach Wahrheitssuche in Anspruch genommen und das heißt in unserem konkreten Zusammenhang: Es werden die pädagogisch relevanten Grundprämissen und Folgen der gesellschaftlichen Strategien und des politischen Handelns vor und während der gesellschaftlichen Krise kritisch überprüft. Die drastische Maßnahme des Lockdowns und die Aussetzung wesentlicher Verfassungselemente zu Beginn der Krise waren von Beginn an durchaus umstritten. Darüber hinaus verknüpften sich die Strategien zur Bewältigung der gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung gleichzeitig mit Motiven und Interessen, deren Kenntnis für die Beurteilung dieser Strategien nicht unwesentlich sein dürfte (Hofbauer/Kraft 2020; Schreyer 2020).

1 Fried, Erich (1978): 100 Gedichte ohne Vaterland. Berlin: Wagenbach, S. 89.

1. Das gesellschaftspädagogische Experiment

Die von der Regierung im März 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der gesundheitlichen Gefährdung durch das Corona-Virus können als gesellschaftspädagogisches Experiment verstanden werden, welches auf seine über den Aspekt des Gesundheitsschutzes hinausgehenden Sozialisationswirkungen zu befragen ist, insofern diese die Lebensverhältnisse unserer Gesellschaft nachhaltig verändern. Das Wort Experiment ist im übertragenen Sinne zu verstehen. Bei den im März von der Regierung verhängten Maßnahmen inklusive des Lockdowns handelte es sich um ein zunächst nicht geplantes, unsicheres Unternehmen mit offenem Ausgang. Was anfangs als pragmatische Lösungsstrategie im Angesicht der gesundheitlichen Gefährdung gedacht war, geriet jedoch in der Folge zu einem Experiment, aus dessen Einsichten sich mittel- und längerfristig politischer Nutzen ziehen ließ. Wir sprechen von einem *gesellschaftspädagogischen* Experiment, denn das Ziel der politischen Maßnahmen lag in einer längerfristig wirkenden Umstrukturierung des Lebensstils, der Gewohnheiten, der Mentalität und selbstverständlich der Verhaltensweisen der Menschen. Gesellschaftspädagogik meint ein Ensemble gesellschaftlicher Einrichtungen und Prozesse, die darauf gerichtet sind, die gesellschaftliche Reproduktion über die Bearbeitung menschlicher Subjekteigenschaften zu gewährleisten. Die institutionalisierte Bildung (organisierte Kleinkinderziehung, Schule, Einrichtungen der Erwachsenenbildung etc.) repräsentiert nur einen Teil von Gesellschaftspädagogik. Ihr größter Anteil besteht aus der Organisation derjenigen mentalitätsbildenden und verhaltensstrukturierenden Maßnahmen, die sich aus den Erfordernissen der Arbeits-, Produktions- und Lebensverhältnisse einer Gesellschaft ergeben und zum Zwecke ihrer Reproduktion sowie der ihnen entsprechenden Herrschaftsstrukturen ergriffen werden (Gamm 2017, S. 32). Gesellschaftspädagogisch wirkt eine Gesellschaft über Maßnahmen, die auf die Übernahme der veröffentlichten Meinung, auf kollektiv verbindliche Normierungen und die Verinnerlichung von Verhaltensweisen gerichtet sind, die diesen Normierungen entsprechen.

Das Spezifikum der von Bundesregierung und Landesregierungen ab Mitte März in Gang gesetzten Maßnahmen bestand in dem Umstand, dass individuelle und kollektive Denk- und Verhaltensweisen in relativ kurzer Zeit umstrukturiert und an die neue Situation der durch die WHO ausgerufenen Pandemie angepasst werden sollten. Wir haben es also mit einem beschleunigten Prozess der Umsozialisation bzw. Umerziehung zu tun. Die offiziellen Instrumente der coronabedingten Gesellschaftspädagogik bestanden u. a. aus Kontaktverboten, der Einführung sozialer Abstandsregeln, Hygienevorschriften und Maskierungsverordnungen. Das Hauptmittel jedoch, das dem gesellschaftspädagogischen Experiment von Beginn zugrunde lag und das Misstrauen gegenüber dem Regierungsapparat hätte schüren müssen, war die Angst, die

seit Einsetzen der gesellschaftlichen Krise die Lebensstimmung der Menschen permanent bestimmt. Es ist unerklärlich, weshalb auch innerhalb der politischen Linken der Umstand, dass die Begründerinnen und Begründer des Lockdowns entgegen dem Selbstverständnis bürgerlicher Gesellschaften nicht auf eine aufklärende Vernunft, sondern auf die Erhöhung des Angstpegels der Bevölkerung setzten, nicht zu einem Skandal ersten Ranges erhoben wurde.²

Ausgangspunkt unserer Analyse ist das Strategiepapier (im Folgenden mit „SP“ abgekürzt), das unmittelbar vor dem Lockdown von Wissenschaftlern des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), des Robert-Koch-Instituts (RKI) und der regierungsnahen Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) in Kooperation mit einigen Universitäten verfasst wurde. Schon die personell-disziplinäre Zusammensetzung des Expertenteams lässt eine eindeutige, und das heißt: einseitige Schwerpunktsetzung der geplanten Maßnahmen erkennen. Neben Soziologie und Asienwissenschaft dominierten wirtschaftswissenschaftliche Positionen mit intensiven Kontakten zu der von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie gegründeten, wirtschaftsliberalen *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSW).³ Das Expertenteam ließ sich von einer von Beginn an äußerst umstrittenen Gefahrendiagnose leiten, deren Kritik bis in das Bundesinnenministerium selbst reichte. Insgesamt bestimmt eine Dramatisierung der gesundheitlichen Bedrohungslage die Aussagen des Dokuments. Um die Drastik der zu ergreifenden Maßnahmen – Ausgangsbeschränkungen und den „Holzhammer“ [...] der starken sozialen Distanzierung“ (SP 2020, S. 8) – zu rechtfertigen, bezeichnen die Verfasser das „pandemische Covid-19-Virus“ als die „größte Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ (ebd., S. 1). Unter Bezugnahme auf Worst-Case-Szenarien wird davon ausgegangen, dass im Falle einer Unterschätzung der Gefährlichkeit des Virus allein in Deutschland mit über einer Million Toten zu rechnen ist (ebd.).

Dieses SP kann hier nicht in seiner Gesamtkonstruktion analysiert werden, vielmehr interessieren nur diejenigen Aussagen, die sich auf die *Durchsetzung* der zur Eindämmung der viralen Infektion für erforderlich gehaltenen extraordinären Maßnahmen beziehen. Zwei zentrale Aspekte, welche sich auf die Um-

2 So überließ die politische Linke das Feld der Kritik der Krisenbewältigungsmaßnahmen weitgehend bürgerlichen Positionen (z. B. Reiss/Bhakdi 2020; siehe auch Speisberg/Keil 2020 zu einem späteren Zeitpunkt).

3 Markus Kerber, Staatssekretär des Bundesinnenministers, früher Hauptgeschäftsführer des BDI, stellte die Gruppe zusammen, der u. a. angehörten: Michael Hüther (IW; Mitglied in der Atlantik-Brücke und in der INSM); Hubertus Bardt (IW; Referent auf Tagungen der INSM); Christoph M. Schmidt (RWI; Mitglied im Kuratorium der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung; Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Fritz-Thyssen Stiftung); Boris Augurzky (RWI), Heinz Bude (Universität Kassel).

stellung der Denk- und Verhaltensmuster der Bevölkerung beziehen, stehen dabei im Vordergrund: 1. die Strategie der Angsterzeugung und 2. die Herstellung einer zivilgesellschaftlichen Solidarität.

Unmissverständlich wird in dem vom Bundesinnenministerium veranlassenen, als vertraulich deklarierten, jedoch in verschiedenen Zeitungen und Internetforen veröffentlichten Papier „VS – Wie wir Covid 19 unter Kontrolle bekommen“ davon ausgegangen, dass nur die Erzeugung einer „Schockwirkung“ (ebd., S. 13) ermögliche, dass die von der Politik ersonnenen Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt würden.⁴ Die ungeschminkte Vergegenwärtigung des Worst-Case gehört für die Autorinnen und Autoren des Papiers zum Arsenal des gesellschaftspädagogischen Experiments, das Spiel mit „Urängsten“ und Schuldgefühlen zu seinem Repertoire (ebd.). Angst vor Krankheit und Tod sowie Schuldgefühle sollten dem Papier zufolge insbesondere auch bei Kindern bewusst geschürt werden, um Gehorsam gegenüber den verordneten Verhaltensregeln zu erzwingen. So formuliert das SP unter der Kategorie der Erzeugung einer Schockwirkung u. a.:

„Kinder werden kaum unter der Epidemie leiden‘: Falsch. Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z. B. bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld [sic!] daran zu sein, weil sie z. B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann“ (ebd.).

Obwohl das SP auch die Notwendigkeit der umfassenden Informierung der Bevölkerung fordert, wurde eine allumfassende und systematische Aufklärung über Sinn und Notwendigkeit der extraordinären Maßnahmen in der Folge nicht zur Leitlinie der Politik, wie es eigentlich einer der Verfassung nach freiheitlichen Gesellschaft angemessen gewesen wäre, sondern die gezielte Nutzung von Angst, die in großen Teilen der Bevölkerung zu Zuständen der Panik und der Hysterie führte. Statt die Bevölkerung umfassend über das durch das Virus gestellte Grundproblem zu informieren und sie als prinzipiell mündige in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, folgten die extraordinären Maßnahmen einer Top-down-Strategie. Der Plan der Erzeugung einer Schockwirkung war mittelfristig durchaus „erfolgreich“, allerdings ohne die psychosozialen und volkswirtschaftlichen „Kollateralschäden“ grundlegend einzukalkulieren.

Während auf der einen Seite neben dem Ausbau der Testkapazitäten die „Absenkung der Sozialkontakte“ als Krisenbewältigungsmechanismus empfohlen wird, beschwört das Expertenteam des Lockdown-Begründungspapiers

4 Zur Nutzung von Krisen und Katastrophen im neoliberalen Kapitalismus siehe Klein 2014.

andererseits die „zivilgesellschaftliche Solidarität“ (SP 2020, S. 17; Hervorhebungen nicht übernommen), ohne freilich auf die ihm immanente Paradoxie einzugehen, wie denn der „Holzhammer“ der starken sozialen Distanzierung“ mit dem Ziel der Solidarität überhaupt vereinbart werden könne. Zum Zwecke einer erfolgreichen Bewältigung der Krise, so die weitere Argumentation, seien die staatlichen Behörden auf die Herstellung des gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls angewiesen. Zwei Mittel zur Herstellung dieser zivilgesellschaftlichen Solidarität, die im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Krise zu unerträglichem Sozialkitsch verkam – selbst die Mainzelmännchen im Werbefernsehen sahen sich dazu bemüßigt, uns auffordern zu müssen: Stay home! – werden in dem SP empfohlen. Zum einen sei es die Aufgabe eines „gemeinsamen Narrativs“, Zustimmung und Einsicht in die zu ergreifenden Maßnahmen zu gewinnen: Solidarität in der Distanz, „gemeinsam distanziert“, Rücksichtnahme durch Abstand etc., zum anderen bedürfe es einer Gruppe von sich mit der Kampagne identifizierenden Prominenten, Politikerinnen und Politikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, um den geplanten Strategien Glaubwürdigkeit zu verleihen (ebd.).

Die heraufbeschworene zivilgesellschaftliche Solidarität erinnert an die Lösung von der formierten Gesellschaft in der Anfangsphase der BRD. Die von dem Expertenteam des Lockdown-Papiers anvisierte zivilgesellschaftliche Solidarität zielte als von oben verordnete, künstliche Solidarität auf eine stärkere Bindung der Zivilgesellschaft an den Staat, eine formierende Unterordnung unter politische Direktiven. Sowohl die „physische Nachbargemeinschaft“ wie die „Online-Gemeinschaft“ (ebd.; Hervorhebungen nicht übernommen), so das SP, sollten nicht nur für den Gesundheitsschutz gewonnen, sondern über einen *verordneten Gemeinsinn* in den Kampf gegen Sichtweisen der Krise eingebunden werden, die Zweifel an den extraordinären Maßnahmen artikulieren könnten⁵. Interessant ist in diesem Zusammenhang die letzte Aussage des Begründungspapiers, in der eine neue gesellschaftliche Beziehungsstruktur in Aussicht gestellt wird, eine Aussage, die die extraordinären Regierungsmaßnahmen in einen größeren, die Bewältigung der gesundheitlichen Bedrohung weit übersteigenden Zusammenhang stellt, zugleich ein möglicher Hinweis auf politische Ziele, die sich an die Intention des Gesundheitsschutzes heften: „Nur mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und gemeinsam distanziert voneinander kann diese Krise nicht nur mit nicht allzu großem Schaden überstanden werden, sondern auch zukunftsweisend sein für eine neue Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat“ (ebd., S. 17; Hervorhebungen, A. B.).

5 Diese zu erwartenden Zweifelsbekundungen werden in dem Text des Expertenteams freilich vorbeugend schon einmal als Fake News bezeichnet.

Auch wenn das soeben referierte Dokument keineswegs die einzige Quelle der gesellschaftlichen Strategien gewesen ist und die in ihm entwickelten Empfehlungen sicherlich nicht 1:1 realisiert wurden – die im Lockdown-Begründungspapier angelegte Strategie, weniger auf sachliche Aufklärung, denn auf die Erzeugung von Angst zu setzen, wurde in den darauf folgenden Monaten konsequent umgesetzt. Viele Kommuniqués, Anordnungen und Maßnahmen der Politik seit Verkündung des Lockdown lesen sich wie die konkrete Umsetzung des von der Expertenkommission erstellten Drehbuchs. Die martialische Sprache der regierenden politischen Klasse („die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“; „Wir sind im Krieg“; „Es geht um Leben und Tod!“, „Das Virus wütet“; „Das Killervirus schreitet unaufhaltsam voran“; „Aufmarsch des Coronavirus“, „Niemand wird mehr so leben können, wie vor der Pandemie“) machte deutlich, dass nicht die Vernunft und das Urteilsvermögen des Souverän angesprochen, sondern seine Urängste mobilisiert werden sollten. Die Bilder von Massengräbern und Leichenkühlcontainern in New York und der Warteschlangen von Särgen vor den Krematorien in der Lombardei, die Videoclips von überfüllten Notaufnahmen und überlastetem medizinischen Personal ließen niemanden unbeeindruckt. Kultursemiotischen Analysen zufolge ist die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Massenmedien von einer „hyperbolische(n) Krisenrhetorik“ gekennzeichnet (Gräf/Hennig 2020, S. 15; siehe auch Schreyer 2020, S. 139 ff.)⁶, eine Charakterisierung, die sicherlich auch für die zahlreichen Privatsender gilt, wie etwa den von der RTL-Group (Bertelsmann, Pearson, Groupe Bruxelles Lambert) gegründeten Fernsehsender n-tv, der die Menschen von morgens bis abends mit katastrophischen Nachrichten bombardiert.

Die kulturindustrielle Begleitung der Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der gesundheitlichen Gefährdung erfolgt seither nach der altbewährten Formel „Zuckerbrot und Peitsche“. Ein paternalistisch-autoritäres Verhältnis der regierenden politischen Klasse zur Bevölkerung wird seit dem im März verhängten Lockdown sichtbar. Eines seiner Ingredienzen ist das antiaufklärerische Prinzip von Lob und Tadel, das die Bevölkerung zu einer Masse konditionierbarer Menschen degradiert, deren Bewusstsein der kritischen Beurteilung gesellschaftlicher Ereignisse als prinzipiell nicht fähig aufgefasst wird. Belobigt wird, wer die gesellschaftlichen Hintergründe der gegenwärtigen Krise nicht zum Thema macht und kritiklos die verordneten Verhaltensweisen umsetzt. Wer dagegen das vorherrschende Narrativ und die in ihm begründeten Maßnahmen anzweifelt, dem/der droht die moralische Totalverurteilung und der Ausschluss aus dem sozialen Verband. Die Politik organisiert eine Gesell-

6 Näheres zu den rhetorischen und bildlichen Kniffs findet sich in angegebener Studie (Hennig/Graef 2020).

schaftspädagogik der Gehorsamsbereitschaft und Gehorsamseinslösung, die Konturen eines autoritären Sozialcharakters wieder hervortreten ließ. In den seelischen Katakomben schlummernde Eigenschaften konnten erfolgreich reaktiviert und damit das Verhalten kontrolliert werden: Ausschaltung des zweifelnden Denkens, ängstliche Befolgung der verordneten Direktiven, Verdrängung alternativer Sichtweisen auf die Krise, Observationsbedürfnisse gegenüber Anderen – alle diese Eigenschaften sind seit dem Lockdown verstärkt im gesellschaftlichen Alltag beobachtbar. Was im kulturindustriell vorangetriebenen Sozialkitsch als „Solidarität in der Distanz“ verkauft wurde, als Wiederherstellung einer im kapitalistischen Wettbewerb längst zerstörten solidarischen Grundeinstellung, war in Wirklichkeit darauf angelegt, die formierende Bindung an die herrschende Ordnung zu festigen.

Mit Hilfe von Gramscis Hegemonietheorie lassen sich die außergewöhnlichen Strategien der Krisenbewältigung abschließend als ein auf der Mischung von Zwangsmaßnahmen und Konsensherstellung beruhendes gesellschaftspädagogisches Experiment bestimmen. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung stützt sich Gramsci zufolge einerseits auf die Ausübung von Herrschaft durch die politische Gesellschaft (Zwang), andererseits aber zusätzlich auf die Organisation von Hegemonie (Führung), eine Aufgabe, die sich vor allem in der Sphäre der Zivilgesellschaft stellt (Gramsci 1992, S. 783). Die gesellschaftlichen Verhältnisse inklusive ihre Herrschafts- und Machtkonstellationen werden sowohl durch Zwang als auch durch die Herstellung der Zustimmung der Bevölkerung aufgebaut und aufrechterhalten. Um eine Herrschaftsstruktur dauerhaft zu erhalten, bedarf es nach Gramsci nicht „nur“ eines gesellschaftlichen Zwangsapparates, vielmehr muss ihm ein kultureller Sektor zur Seite gestellt werden, in dem das Prinzip der Führung im Vordergrund steht. Die intellektuellen Mitglieder dieses Bereichs müssen in der Lage sein zu *führen*, d. h. den Konsens in die jeweiligen Planungen und Strategien einer herrschenden Gesellschaftsgruppe zu organisieren: durch die Verbreitung von Ideologien, durch Meinungsbildung, durch spezifische Kampagnen. Über die jedem Hegemonie-Verhältnis innewohnenden pädagogischen Einwirkungsmöglichkeiten können die dominanten Gesellschaftsgruppen ohne Zwangsgewalt, aber dennoch massiv auf die „Geführten“ bzw. „Regierten“ einwirken, um in der Sprache Gramscis zu bleiben (1994, S. 1335). In unserem speziellen Falle wurde diese Aufgabe in erster Linie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Wirtschaftswissenschaft, der Gesundheitsökonomie und der Virologie/Epidemiologie sowie den meisten Politikerinnen und Politikern der politischen Klasse übernommen und von den Einrichtungen der Kulturindustrie vermittelt. Allerdings trat im weiteren Verlauf der Organisation der gesellschaftlichen Krisenbewältigungsmaßnahmen die hegemoniale Strategie der Konsenserzeugung in der Bevölkerung hinter den direktiven Maßnahmen weit zurück. Denn eine wirkliche Konsenssicherung hätte eine Entdramatisierung

der Bedrohungssituation, eine emotionale Beruhigung der Gesellschaft durch Rücknahme angstauslösender Kommunikatés, vor allem aber eine ausgewogene Bewertung der gesellschaftlichen Situation unter Einbeziehung der zahlreichen kritischen Gegenpositionen zu ihrer Voraussetzung gehabt.

2. Riskante Implikationen eines gesellschaftspädagogischen Experiments

Der (gesundheits-)politische Maßnahmenkatalog der gesellschaftlichen Krisenbewältigung war im Hinblick auf die Abschätzung seiner möglichen Risiken und Gefahren für die psychosoziale Lebensstimmung und die Subjektentwicklung von vornherein völlig unterkomplex angelegt – darauf deutet bereits die schmale disziplinäre Expertenbasis der Initiierung der Krisenbewältigungsmaßnahmen hin. Die fast ausschließliche Konzentration auf volkswirtschaftliche und gesundheitspolitische Aspekte verstellte den Blick auf die psychosozialen Implikationen und Folgewirkungen. Dass eine relativ abrupt induzierte Veränderung der Haltungen und Verhaltensweisen einer Bevölkerung (Umsozialisation, Umerziehung) nicht ohne Auswirkungen auf die zwischenmenschlichen, insbesondere auch auf die intergenerationellen Beziehungsverhältnisse, aber auch auf die individuellen Selbst-Weltverhältnisse bzw. Lebensstimmungen haben musste, wäre prognostizierbar gewesen. Mit plötzlich veränderten Lebensverhältnissen verändern sich Bewusstseinsformen und psychische Strukturen, wobei deren Umstrukturierung nicht beliebig beschleunigt werden kann. Schon die Beschleunigung kann Faktoren beinhalten, die sich für die Persönlichkeitsentwicklung mittelfristig als problematisch erweisen können. Im Folgenden können nur einige Aspekte herausgegriffen werden, die die negativen Sozialisierungseffekte der gesellschaftlichen Krisenbewältigungsmaßnahmen betreffen.

Wo Social Distancing, digitalisierte Kommunikation, die Kontrolle des informellen Bewegungsraums und die Maskierung des Alltags umfassend Platz greifen, werden völlig neue Voraussetzungen der Subjektwerdung und der gesellschaftlichen Beziehungsverhältnisse geschaffen. Der veränderte Alltag und die *veränderte Physiognomie des Sozialen* stellen eine belastende Herausforderung an die Subjektwerdung von Kindern und Jugendlichen dar. Der schwerwiegendste Befund liegt in dem Umstand, dass die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen seit Beginn der Krisenbewältigungsmaßnahmen mit autoritären und entmündigenden Mechanismen durchgesetzt ist, welche auf der Schockstrategie beruhen. Ein Schock ist ein plötzlich eintretendes, die psychischen Strukturen erschütterndes Ereignis, durch das die Betroffenen in ihrem Denk- und Urteilsvermögen außer Kraft gesetzt sind. In dieser Situation ist das Bewusstsein extrem unterversorgt, die Affekte sind gleichermaßen extrem ansprechbar. Menschen werden verführbar. Kinder, Jugendliche, aber auch Er-

wachsene werden in ihrem Denken, in ihren Gefühlen und in ihrem Handeln Normierungen unterworfen, die ihre Mündigkeitspotenziale und damit ihre Urteilskraft faktisch herabsetzen. Wo keine vernünftigen Diskurse über die Bewältigung der gesellschaftlichen Krise zugelassen werden und eine äußerst selektive Informationspolitik betrieben wird, wo abweichende Bewertungen der gesellschaftlichen Krisensituation ausgegrenzt werden, fehlen den Menschen die Grundlagen zur Betätigung ihres kritischen Urteilsvermögens. Die Verinnerlichung der Normen zu ihrer Bewältigung folgt nicht einer kritischen Prüfung, sondern den von außen vorgegebenen Direktiven – eine für die Substanz einer demokratischen Gesellschaft höchst bedenkliche Tendenz.

Im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Krise konzentrierte sich das politische Krisenmanagement fast ausschließlich auf die Evozierung von Affekten, der Schock nistete sich allmählich als permanente Angst vor der gesundheitlichen Bedrohung in den Menschen ein. Angst ist ein bewährtes Mittel von Herrschaft, denn sie produziert Subjektzustände der Desorientierung und Einschüchterung, in denen die kritische Vernunft blockiert ist. Angstempfindung kann im Rahmen der Subjektwerdung und der Lebensgeschichte von Menschen eine ihre Entwicklung beherrschende und das heißt: beeinträchtigende Wirkungsmächtigkeit erhalten, wenn sie gezielt intensiviert wird, um Gefügbarkeit und Folgebereitschaft zu erzeugen. Diffuse, unbearbeitete Ängste wirken toxisch auf das Vernunftvermögen, sie schränken das Bewusstsein, erst recht das zweifelnde Denken, gravierend ein, das doch für die kritische Beurteilung unabdingbar ist. Das Bewusstsein wird gleichzeitig seiner sozioemotionalen Grundlage beraubt, durch welche kritisches Denk- und Urteilsvermögen überhaupt erst praktisch freigesetzt und damit wahrnehmbar werden kann. Übermächtige Angstzustände untergraben die streitbare Zivilcourage, die dem kritisch-widerständigen Denken die notwendige Triebkraft verleiht. Sie lähmen die Artikulation der Kritik ebenso wie die Handlungsbereitschaft, verfestigen Knechtschaft. Wo in einem gesellschaftlichen Klima Angst vorherrschend wird, steigt die kollektive Lenkbarkeit von Menschen, weil die Erkenntnis- und Reflexionspotenziale ebenso wie die Triebkräfte ihrer Anwendung heruntergefahren werden, Hysterie und Panik können Platz greifen. Wenn Angst gar im Gesellschaftscharakter vorherrschend wird, steigt die Wahrscheinlichkeit der massenhaften Folgsamkeit gegenüber nicht reflektierten politischen Direktiven. Diese Mechanismen der Nutzung von Ängsten für die Erzeugung von Gehorsamsbereitschaft stellen ein Potenzial der Bedrohung einer emanzipativen Gesellschaftsentwicklung dar.

Nicht zuletzt ist in der veränderten Physiognomie des Sozialen eine hochproblematische Entwicklungstendenz des gesellschaftlichen Zusammenlebens enthalten. Wie sich die veränderte Physiognomie des Sozialen auf die Subjektwerdung und die Lebensstimmung von Kindern und Jugendlichen auswirken wird – darüber hat sich die Gesellschaft weit weniger Gedanken gemacht als

über die Digitalisierung des Unterrichts. Wie sollen Kinder Solidarität entwickeln, wenn die Schranken bestehen bleiben, die die soziale Distanzierung erfordern? Auf welche Weise sollen verlässliche soziale Beziehungen aufgebaut werden, wenn elektronische Netzwerke und Online-Unterricht die interpersonelle Kommunikation immer weiter aushöhlen, gar als ideale Krisenlösungsstrategie glorifiziert werden? Wie werden Kinder sozial alphabetisiert, wenn ihnen durch die Maskierung wichtige Möglichkeiten zum Aufbau ihrer sozialen Wahrnehmung und damit zur Orientierung in den sozialen Beziehungsverhältnissen entzogen werden?⁷ Angesichts fehlender wissenschaftlicher Begründungen für positive Wirkungen von Mund- und Nasenschutz bei Kindern wirkt die Ignoranz der Politik gegenüber seinen negativen Folgen geradezu fahrlässig: Abgesehen von den physischen Beeinträchtigungen und den gespenstisch wirkenden, angstauslösenden Wirkungen der sozialen Maskierung werden Kinder durch ebendiese in elementaren Entwicklungsbedürfnissen und Erkenntnissen beschnitten. Mimische Ausdrucksformen entfallen zunehmend als Erfahrungsquelle, soziale Wahrnehmung wird depotenziert, die Zueignung „signifikanter Gesten“ (Mead) erheblich erschwert. Die ohnehin krisenanfällige interpersonelle Kommunikation, identitätsstiftender Faktor in der Persönlichkeitsentwicklung, gerät zu einem undurchsichtigen, unkalkulierbaren Vorgang ohne verlässliche Momente der Verständigung. Es steht zu vermuten, dass Ausgangsbeschränkungen, die Absenkung sozialer Kontakte, die Einführung sozialer Abstandsformationen, die Verpflichtung zur Maskierung, die Verstärkung digitaler „Kommunikation“, die staatliche Kontrolle informeller sozialer Netzwerke etc. die Identitätsentwicklung von Kindern und Jugendlichen erheblich beeinträchtigen wird, da ihnen in dieser restringierten und kontrollierten Corona-Welt eine Vielzahl von Erfahrungen verwehrt wird, die doch für den Aufbau und die Verwirklichung ihrer Persönlichkeit unverzichtbar sind. Mit ihren Krisenbewältigungsmaßnahmen hat die Politik einen Sozialisationsrahmen geschaffen, der gegen die zentrale anthropologische Grundannahme verstößt, dass der Mensch in seiner Subjektwerdung auf interpersonelle Beziehungen fundamental angewiesen ist, über die allein er sein Welt- und Selbstverständnis aufbauen kann.

3. Was kann die Pädagogik tun?

In einer kurzfristigen Perspektive liegt die zentrale Aufgabe der Pädagogik in der Formulierung und Verbreitung einer grundlegenden, pädagogisch begründeten Kritik an den im Zusammenhang mit dem Coronavirus ergriffenen

7 Siehe hierzu den offenen Brief von Ärztinnen und Ärzten, Pädagoginnen und Pädagogen an die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vom 4.8.2020 (WDR 2020).

Maßnahmen des politischen Krisenmanagements. Sie hat diese vor allem im Hinblick auf die Folgen für die Entwicklung und Sozialisation von Kindern und Jugendlichen kritisch zu beurteilen und ihre Beanstandung in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Der Gesellschaft scheint nicht (mehr?) bewusst zu sein, was wir Kindern antun, wenn wir ihnen Schuldgefühle vermitteln, ihre Handlungen mit Panik und Angst belegen, ihre Freundschaftsbeziehungen massiv beschneiden und sie zwingen, ihre Gesichter hinter unhygienischen Masken zu verbergen. Auch hinsichtlich einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektive sind die gesellschaftspädagogischen Krisenbewältigungsmaßnahmen kontraproduktiv, insofern eine unter Schock und Angst, unter Einschüchterung und Restriktion sich vollziehende Kindheit und Jugend für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft extrem hinderlich ist.

Ein interessanter Sachverhalt besteht darin, dass sowohl die Strategien der Krisenbewältigung wie die sogenannten „strengen“ Hygiene-Konzepte, die allerorten eifrig entwickelt und „kommuniziert“ werden, einen grundlegenden Aspekt von Gesundheit völlig vermissen lassen, nämlich das Prinzip der *psychischen und geistigen Unversehrtheit*, das durch die Mobilisierung von angstauslösenden Affekten beständig verletzt wird. Dabei müsste der Schutz psychischer und geistiger Unversehrtheit für die Gesellschaft doch eigentlich ebenso wichtig sein wie der der körperlichen Gesundheit. Ist Pädagogik in einem emphatischen Verständnis ein Projekt, das die individuelle und kollektive Mündigkeit der Gesellschaft aufzubauen und immer wieder neu zu kräftigen hat, so muss es ihr gerade in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituation darum gehen, die in Kindheit und Jugend immer enthaltenen rebellischen Potenziale auch gegen illegitime Zugriffe zu erhalten und freizusetzen. Den Emanzipations- und Autonomiebedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ist gerade angesichts der gesellschaftlichen Krisensituation zum Ausdruck zu verhelfen. Pädagogik darf eine Einkapselung von Kindern und Jugendlichen in der Zwangsjacke der staatlich verordneten Corona-Maßnahmen nicht zulassen, sie darf die zweifelsohne dem Instrumentarium der Schwarzen Pädagogik entlehnten Methoden der Erzeugung von Angst und Schuldgefühlen bei Kindern nicht hinnehmen.

Zuwachs an Mündigkeit bedeutet aber auch elementar, die freigesetzten existenziellen Ängste zur Sprache zu bringen: Sie können nicht durch intellektuelle Diskurse bekämpft werden, erst auf der Basis ihrer Respektierung können sie ihrer Irrationalität entwapfnet werden, die sie für Manipulationen jedweder Art nutzbar macht. Pädagogik muss eine Antwort auf die Frage finden, wie die für eine emanzipative Subjektwerdung und für die Zukunft einer von ihrer Wurzel her demokratisch zu fundamentierenden Gesellschaft unerlässlichen, während der Krise unter Druck geratenen Subjekteigenschaften wie z. B. Reaktanz, geistiges Widerstandsvermögen, Kritikfähigkeit restrukturiert und stabilisiert werden können. Die geistige und psychische Widerstandsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen zu sichern, bedeutet, das kindliche und jugendliche

Subjektvermögen in der kritischen Beurteilung der verordneten Maßnahmen konsequent zu stärken. Gerade im gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausnahmezustand gilt es, Adornos *Maxime* umzusetzen: die Heranwachsenden dazu zu befähigen, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“ (Adorno 1951, S. 67). Pädagogik hat neben ihrer Aufgabe der gesundheitlichen Aufklärung und Bildung die mit ihrer Mündigkeitsperspektive verbundene Pflicht, eine Art Kritik der Politischen Ökonomie der gegenwärtigen Gesellschaftskrise zu ermöglichen und das heißt die unterschiedlichen ökonomisch-gesellschaftlichen Interessen aufzudecken, die sich mit der gesundheitlichen Bedrohung durch das Coronavirus und den Strategien seiner Bekämpfung von Beginn an verquickt haben. In der Bildungsarbeit ist dringlich darauf hinzuwirken, Kindern und Jugendlichen neben der offiziellen politischen Deutungsversion der Krise auch sämtliche alternativen Einschätzungen der gegenwärtigen Krise und ihren Bewältigungsstrategien zu präsentieren und zu diskutieren, anstatt jene pauschal als Verschwörungstheorien zu denunzieren.

Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W. (1951): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bundesinnenministerium (2020): *VS – Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen*, <https://www.fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/>. (Abruf 15.04.2020).
- Gamm, H.-J. (2017): *Allgemeine Pädagogik*. Reinbek: Rowohlt.
- Gräf, D./Hennig, M. (2020): *Die Verengung der Welt. Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate ARD Extra – Die Coronalage und ZDF Spezial*. In: *Magazin des DFG Graduiertenkollegs Privatheit und Digitalisierung 14/2020*, S. 14–20.
- Gramsci, A. (1992): *Gefängnishefte. Band 1*. Hamburg: Argument.
- Gramsci, A. (1994): *Gefängnishefte. Band 6*. Hamburg: Argument.
- Hofbauer, H./Kraft, S. (2020): *Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern*. Wien: Promedia.
- Klein, N. (2014): *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. 5. Auflage. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Reiss, K./Bhakdi, S. (2020) (Hrsg.): *Corona – Fehlalarm? Daten, Fakten, Hintergründe*. Wien: Goldegg.
- Schreyer, P. (2020): *Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte*. Frankfurt am Main: Westend.
- Speisberg, A./Keil, U. (2020): *Fehlgerechnet*. In: *Taz 10.8.2020*, S. 12.
- WDR (2020) *Offener Brief: Ärzte gegen Maskenpflicht für Schüler*, www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/corona-mund-nasen-schutz-schule-offener-brief-aerzte-100.html. (Abruf 12.08.2020).